

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein u. Umgegend.

(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)
.. .. (Schiersteiner Neueste Nachrichten) — (Niederwallauer Zeitung)

Anzeigen
tollen die einseitige Kolonietzelle
oder deren Raum Nr. 0.50.
Reklamen Nr. 1.—

Bezugspreis
monatlich M. 1.80, mit Prämien-
bogen M. 2.—. Durch die Post
bezogen vierteljährlich M. 6.—
auschl. Bestellgeld.

Fernruf Nr. 584.

Postcheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Inserate für auswärtige Zeitungen werden zu Originalpreisen vermittelt.

Erscheint: Dienstags,
Donnerstags, Samstags.

Druck und Verlag

Probst'sche Buchdruckerei
Schierstein.

Verantwortlicher Schriftleiter
Wilhelm Probst, Schierstein.

Fernruf Nr. 584.

Nr. 80.

Samstag, den 10. Juli 1920.

28. Jahrgang

Käuferstreik und Wirtschaft.

Wegen die hohen Preise von Bedarfsgegenständen wie Nahrungsmitteln macht sich zurzeit in den verschied. Ländern Einspruch der Öffentlichkeit geltend. Inwieweit sind die Preise wichtiger Rohstoffe auf dem Weltmarkt gestiegen und in Nordamerika vollzog sich dann die Preissteigerung für Schokolade, Kleider und Modewaren. In gleiches ist, nachdem die Öffentlichkeit sich gegen die hohen Preise aufgebäumt und die Verbraucher mit dem Streik zurückhalten, in England, Frankreich, Belgien u. a. m. Artikel der Fall geworden. Bei uns in Deutschland richtet sich der Unmut der Bevölkerung vornehmlich gegen arge Überforderungen im Lebensmittelhandel. Doch haben die bereits mancherorts ausgebrochenen Unruhen auch vor der Zerstörung von Sachgütern nicht gemacht. Die heimische Versorgung zu erträglichen Preisen muß auf andere Weise herbeigeführt werden: im Beden, nötigenfalls Einkümmern von Vorräten, Rohstoffen, wie es gegenwärtig westdeutsche Behörden im Obst- und Gemüsemarkt versuchen. Nicht nur für die heimische Bodenenergie wurden bisher viel zu hohe Preise gefordert, sondern auch für gewisse aus dem Ausland kommende Nahrungsmittel, wie man nach dem Verlauf der deutschen Währung gegenüber der fremden zu sehen vermag.

Durch Einschränkungen oder Stilllegen der Betriebe kann die heimische Wirtschaft nicht gedeihen; denn verringerte Produktion bedeutet Verringerung und Verlangsamung der Produktion, also geringere Leistungsfähigkeit die dem ausländischen Wettbewerb zuvorkommen würde. Weiterer Schaden ist, so verlustreich er sich gestaltet unumgänglich. Der Warenhandel und die Hersteller müssen gewissermaßen einen Streik unter die „Verlustvorräte“ machen. So kann es zur Behebung des Geschäftes, zu neuer Produktion für unsere Gütererzeugung kommen.

Das scheint man in wichtigen Schichten des heimischen Großhandels und Einzelhandels einzusehen und es freudig zu bejahen zu wollen. Viele Hersteller würden mehr produzieren, wenn endlich der mit teureren Vorräten behaftete Handel wieder Aufträge erteilen könnte und wenn sie sich nicht allzuweit nach der traurigen Folgen früherer geschäftlicher Fehler: in Zeiten andauernder Warenknappheit und Preissteigerung hatte man sich viel bemüht, um wenigstens etwas zu erhalten, und als der Markt sich wieder öffnete, überließen die Verkäufer ihre Abnehmer der alten Abklatsche mit Waren zu den hohen Preisen gegen fortwährende Zahlung. Jetzt fehlt dem Handel für weiteren Bezug, den er aber auch nicht wagt, bevor seine Bestände sich gelichtet haben.

Eine Einschränkung des Verbandes der Textilfabrikanten will die Kaufmannschaft ermuntern, in ähnlicher Weise wie es vor dem Kriege im Monat Juli festgesetzt wurde, die Warenpreise abzuhalten und die Preise der Weltmärkte entsprechend einzuhalten, ohne darauf, wieviel Verlust an den Waren insolge der Preissteigerung zu bringen. Bekanntlich werden die Waren man alsbald nach der Halbjahresrechnung zu verkaufen. Ob wirklich so verfahren, die Preisbestimmung der Waren am Weltmarkt angelehnt wird, die Öffentlichkeit ziemlich genau zu beurteilen. Es ist wirklich, dann ist es Zeit, daß die Käufer ihrer Zurückhaltung heraustreten.

Die Zurückhaltung hat bereits dazu geführt, daß die Warenknappheit noch nicht abgeklungen ist; einmal muß man sehen, bei manchen Waren sicherlich vor Wiederkehr der rauen Jahreszeit. Es ist vernünftig, um etwaige Voraussetzungen den Ankauf des wirklich notwendigen nicht übermäßig hinauszuschieben, weil die Zukunft auch wieder Überraschungen durch irgendwelches Ereignis der Gütererzeugung (z. B. Kohlenmangel), fernere Sinken der deutschen Währung und dadurch bedingte Verringerung bringen kann. Die Aussichten für die Zukunft der Währung der Mark sind solange nicht günstig zu beurteilen, wie das Deutsche Reich in furchtbaren Rufen steht, die sich durch fortwährende Verunsicherung seiner Schuld noch verschärfen. Auch am Weltmarkt überwiegen durchschneidend die Vorräte gewerblicher Waren, während der Bedarf und man spricht von allgemeiner „Unterproduktion“. Das macht aber spätere Behebung der Preise möglich und sogar wahrscheinlich.

Was und warum, ist ein großartiger einheitlicher Plan der Überwindung der Wirtschaftskrise. Die Arbeitsleistung muß durch Verbilligung der Lebensmittel erhöht, die Produktionskosten müssen durch Vermehrung der Arbeitskraft und durch Bezug billiger ausländischer Rohstoffe herabgemindert werden, während die Gesamtwirtschaft sich mit höchstens nur mäßigen Nutzen begnügt. Die Zeit der Kriege- und Revolutionszeiten

winne in nicht einmal vier Wochen. Unsere Wirtschaft muß aber aufrecht erhalten werden.

Um Stilllegen der Gütererzeugung zu vermeiden, müssen die daran Beteiligten und der Handel weitestgehend entgegenkommen. Wenn das wirklich geschieht, dann dürfen auch weitere Schichten der einzelnen Verbraucher nicht etwa durch eine Art eigenwilliger Kaufkraft dazu beitragen, daß schließlich Stößen des wirtschaftlichen Getriebes zu Arbeitslosigkeit führt. Schon vor sechs Wochen hatte man anderwärts von Käuferwahn geschrieben und zur Bedingung des Bedarfs geraten, weil die Waren doch nicht in Kürze billiger erhältlich sein würden. Es gibt auch einen Zeitpunkt, wo Käuferwahn unklar und sogar pflichtvergessen wäre. Anscheinend kommen wir dieser Zeit nun näher.

Die Verhandlungen in Spa.

Die Entwaffnungsfrage.

Spa, 8. Juli.

Die heutige Sitzung der Konferenz wurde nachmittags 4 1/2 Uhr im Schloß de la Preneuse eröffnet. Lloyd George teilte sofort im Namen der Alliierten mit, daß, sofern Deutschland sofort zu der Entwaffnung der Einwohnerwehren und der Sicherheitspolizei schreite, ihm für die Herabsetzung der Heeresstärke auf 100 000 Mann eine Frist von sechs Monaten zugestanden sei. Die Herabsetzung des Heeres habe in zwei Raten bis zum 1. Oktober 1920 auf 150 000 Mann, bis zum 1. Januar 1921 auf 100 000 Mann stattzufinden.

Minister Dr. Simon betonte, daß eine so bedingte Fristverlängerung eine einseitige Auflage der Entente darstellen würde, nicht ein Abkommen unter den verhandelnden Parteien.

Lloyd George entgegnete, daß die Alliierten darauf beständen, daß wir das Protokoll für diese Abmachungen annehmen. Demgegenüber erklärte Minister Dr. Simon, daß wir das nicht tun können, ohne vorher eingehend über die Angelegenheit beraten zu haben.

Die Konferenz wurde darauf um 5 Uhr nachmittags auf Freitag vormittag 11 Uhr vertagt. Die Mitglieder der deutschen Delegation sind sofort nach der Rückkehr von der Konferenz zu einer Besprechung zusammengetreten.

Die Bedingungen.

In der heutigen Sitzung als Ergebnis der Beratung der Alliierten übergebene Erklärung hat folgenden Wortlaut:

Unter der Bedingung daß Deutschland

a) sofort zur Entwaffnung der Einwohnerwehren und der Sicherheitspolizei schreitet,

b) eine Bekanntmachung veröffentlicht, in der die sofortige Ablieferung aller Waffen gefordert wird, die in den Händen der Zivilbevölkerung sind und welche im Falle der Zuwiderhandlung wirksame Strafen vorseht (im Falle, daß die Befugnisse, die die Regierung kraft Gesetzes hat, nach dieser Richtung hin ungenügend sein sollten, müssen unverzüglich gesetzgeberische Maßnahmen geschaffen werden, die die Befugnisse der vollziehenden Gewalt auf diesem Gebiet vergrößern.)

c) sofort alle die Maßnahmen in Angriff nimmt und ergreift, die notwendig sind, um die allmähliche Wehrpflicht abzuschaffen und um das Heer auf der Grundlage der langfristigen Dienstzeit aufzubauen, so wie es im Friedensvertrag vorgesehen ist;

d) den Alliierten alle in ihrem Besitz befindlichen Waffen und alles Kriegsmaterial, das über die im Vertrag zugelassene Menge hinausgeht, zum Zwecke der Zerstörung ausliefert und den Alliierten bei der Zerstörung beisteht;

e) die Anwendung derjenigen Bestimmungen des Friedensvertrages über die Seemacht, die über die Aufsicht über die noch keine Ausführung gefunden haben, erklären sich die Alliierten damit einverstanden,

1. Die Frist, die für die Verminderung der Streitkräfte der Reichswehr vorgesehen ist, bis zum 1. Oktober zu verlängern. Zu diesem Zeitpunkt muß das Heer auf 150 000 Mann beschränkt sein und höchstens 10 Reichswehrbrigaden umfassen. Die Alliierten erklären sich weiter mit einer zweiten am 1. Januar 1921 ablaufenden Frist einverstanden. Zu diesem Zeitpunkt muß die Ermäßigung der Streitkräfte auf 100 000 Mann genau in der Zusammensetzung und der Organisation, wie im Friedensvertrag vorgesehen, vollendet sein.

2. die deutsche Regierung zu ermächtigen, in der neutralen Zone bis zum 1. Oktober die einzigen Streitkräfte zu unterhalten, deren Zahl der internationalen Überwachungs-ausschuss ihr bekanntgeben wird, um an der Sammlung der Waffen teilzunehmen.

3. alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um den Waffenschmuggel aus dem besetzten Gebiet nach anderen Teilen Deutschlands zu verhindern.

Wenn zu irgendeinem Zeitpunkt vor dem 1. Januar 1921 die alliierten Überwachungs-ausschüsse in Deutschland feststellen, daß die Bedingungen der gegenwärtigen Vereinbarung nicht loyal ausgeführt werden, z. B. wenn am 1. September die vorgeordneten Verwaltungs- und gesetzgeberischen Maßnahmen nicht ergriffen sind, nicht in weitestgehender Weise veröffentlicht worden sind, wenn die Zerstörung und Auslieferung des Kriegsgerät nicht normal ihren Fortgang nehmen, wenn am 1. Oktober das deutsche Heer nicht auf eine Ziffer von 150 000 Mann beschränkt ist und höchstens 10 Reichswehrbrigaden umfaßt, werden die Alliierten zur Besetzung eines neuen Teils des deutschen Gebietes schreiten, sei es das Ruhrgebiet, sei es jeden anderen Gebietes, und werden dieses Gebiet erst an dem Tage räumen, wenn alle Bedingungen der gegenwärtigen Vereinbarungen restlos erfüllt werden.

Treffende Antworten.

Nach dem „Matin“ soll im Laufe der Verhandlungen Lloyd George erklärt haben, obwohl Frankreich 1871 geschlagen gewesen sei, hätte es doch rasch die schweren Aufstände der Kommunen niederschlagen können, worauf Minister Simon geantwortet habe, Deutschland habe auch Frankreich die Mittel gelassen, eine Armee zu unterhalten, um die Revolte niederzuschlagen. Hierauf habe Lloyd George geantwortet: Aber eine seriöse Regierung muß doch Herr in ihrem eigenen Land sein! Was Reichsminister Simon veranlaßt habe, zu sagen: Sie sind, Herr Präsident, Chef eines sehr großen, sehr blühenden und siegreichen Imperiums. Jedoch ich habe sagen hören, daß längst es Ihnen nicht leicht gefallen sei, die Rebellen zu veranlassen, die Waffen zurückzugeben, deren sie sich bedienen, um die regulären Truppen anzugreifen. Ich weiß nicht einmal, ob es Ihnen bis heute gelungen ist. Ich erwarte deshalb von Ihnen, daß Sie ein wenig Rücksicht mit einer notwendigerweise schwachen Regierung haben werden, die ein geschlagenes Land regieren muß, in dem Unordnung herrscht.

Die Auffassung in Berlin.

Die Verhandlungen über die Abrüstung in Spa haben zu dem Ergebnis geführt, daß jeder erwarten konnte, der den Gang der Ereignisse genau verfolgt hat. Nach den geheimen Beratungen, an denen nicht einmal die eigenen Marschälle teilnehmen durften, haben die Alliierten beschlossen, Deutschland eine neue Frist für die Verringerung der Heeresstärke zu gewähren, ebenso für die Räumung der neutralen Zone. Die militärischen Fachleute der Entente sollten zu einem anderen und schärferen Vorschlag geraten haben. Es sind also politische Erwägungen, die für die jetzige Lösung den Ausschlag gegeben haben.

Am Donnerstag abends 9 Uhr, fand in der Reichstanzlei eine Kabinettsitzung der in Berlin verbliebenen Regierungsmitglieder statt, der auch Reichspräsident Ebert beizuwohnte. Um 10 Uhr abends waren die Parteiführer zu einer Besprechung in die Reichstanzlei berufen.

Die deutschen Bedenken konzentrierten sich in der Hauptsache auf zwei Punkte. Erstens erscheint die Forderung der Entwaffnung der Sicherheitspolizei im Zusammenhang mit der gleichzeitig geforderten Entwaffnung der Einwohnerwehren unbillig. Zweitens aber möchte die deutsche Regierung durch ihr Verhalten nicht den Anschein des Zugeständnisses erwecken, als hätte sie die Befehle weiterer deutscher Gebiete als Druckmittel zur Erfüllung des Friedensvertrages von Versailles für zulässig. Alle anderen Forderungen der Alliierten sind theoretisch durchführbar zum Teil nicht unbillig. Die praktische Durchführung der Entwaffnung der Einwohnerwehren und der Waffengabe allerdings ist eine Frage des guten Willens der einzelnen Regierungen und der betreffenden Teile der Bevölkerung. Es müßte also gegebenenfalls ein starker Druck auf die Einzelstaaten ausgeübt werden.

Pressestimmen.

Die Blätter sehen die Wendung, welche die Verhandlungen in Spa genommen haben, als sehr ernst an. Der „Berl. Lokalan.“ erblickt in den vorgelegten Forderungen im Zusammenhang mit den angebotenen Strafbestimmungen eine Wiederholung der Diktatur von Versailles.

Das „Welt-Tagblatt“ meint, das Bild sei in einer un-
höflichen Form erfolgt. Bei Nichtunterzeichnung würde
ich Deutschland in eine sehr große Gefahr begeben, denn
es müßte dann mit dem Verlust des Ruhrgebiets gerech-
net werden. — Der „Vorwärts“ betont als den schwersten
Teil der Forderungen die Entwaffnung der Sicherheitspo-
lizei. So schwer aber auch die Verpflichtungen seit möch-
ten, die uns die Alliierten auferlegen, so dürfe doch die
Konferenz an ihnen nicht scheitern. — Die „Deutsche Ta-
geszeitung“ meint, es zeige sich, daß die feindlichen Ver-
treter große Eile hätten. Ein eiliges Behandeln der deut-
schen Lebensfragen in Spa laufe aber den deutschen In-
teressen durchaus zuwider.

Die Unterzeichnung.

mz. Spa, 9. Juli. Die Deutschen haben das von
den Alliierten vorgeschlagene Abkommen um 11.15 Uhr
unterzeichnet, nachdem sie erklärt hatten, daß keine Ab-
stimmung des Friedensvertrages von Versailles sie zwingen
würde, neue Gebietsbesetzungen sich gefallen zu lassen, es
sei denn im Falle der Nichterfüllung der Wiedergut-
machungsbestimmungen.

Keine Auflösung der Sicherheitspolizei.

Wie die „Germania“ zuverlässig erfährt, traf heute
in den ersten Morgenstunden bei der Reichsregierung in
Berlin ein Telegramm aus Spa ein, wonach unter der
Entwaffnung der Sicherheitspolizei kein Wegs deren
völlige Auflösung oder gar deren Auflösung zu ver-
stehen sei, sondern vielmehr die Einziehung schwerer Waf-
fen und die Entmilitarisierung. Sonach würde also die
Sicherheitswehr als reine Polizeitruppe fortbestehen.

Zur Tagesgeschichte.

Kleine Anfrage im Reichstag.

In einer kleinen Anfrage weisen die Abg. Schir-
mer (Franken), Dr. K. v. Mann und Leicht er
neut auf die Notlage des deutschen Zeitungsgewerbes hin
und fordern, daß zwischen den beiden Interessentengruppen
den Verlegern und den Papierfabriken, mit Unterstützung
der Reichsregierung ein Ausgleich geschaffen wird. In
der Anfrage heißt es u. a.:

Mehr als achtzig Verleger mittlerer und kleiner Zei-
tungen in Bayern, am Rhein und an der Mosel haben
mir in den letzten Wochen des Juni 1920 Bittschriften
vorgelegt, in denen unter anderem gesagt ist: „Die mei-
sten der hier in Betracht kommenden Verleger haben wäh-
rend des Krieges Militärdienste verrichtet und mittels ihrer
Presse dem Vaterland auch sonst wertvolle Dienste ge-
leistet. Damit waren auch oft recht erhebliche finanzielle
Opfer verbunden. Seit langem stehen nun die Zeitungs-
verleger unter dem Druck der hohen Papierpreise. Das
unerhörte Gebahren der Papierfabriken und -Großhändler,
die sich nicht scheuen, ihre in starken Organisationen be-
gründete Macht in der brutalsten Weise auszunutzen, ist
kaum mehr zu ertragen. Lange hat die Presse die sprun-
ghaften, auch durch hohe Löhne usw. niemals ganz zu
rechtfertigenden Preiserhöhungen geduldig hingenommen.
Nun aber ist die Presse am Leben bedroht! Und nun
haben die Regierung und der hohe Reichstag die Pflicht
die wirksamste Hilfe zur Aufrechterhaltung der Ordnung
und zum Wiederaufbau unseres unglücklichen Vaterlandes,
das ist die Presse, besonders aber die mittlere und kleine
Landpresse, wirksam zu schützen.“

Für die Kriegsgefangenen.

Die Offiziersvereinigung der Deutschen Republik hat
in den Marschall H. v. Spa nach Vermittlung der
ranghöchsten Botschaft in Berlin folgendes Schreiben ge-
schickt:

Herr Marschall! In Frankreich befinden sich noch
tausende Kriegsgefangene, die dort Gefährdung und Aus-
beutung erleiden.

Schloß Damerow.

Ein Familienroman von Erich Knopp.

43] (Nachdruck verboten.)

„Den Umständen nach ganz passabel“, erwiderte
Adele. „Wir haben uns unterwegs noch gründlich aus-
gesprochen. Wie bei seinem Mannesstolz nicht an-
ders zu erwarten war, ließ er durchblicken, daß er mir
das Wort zurückgeben müsse, da er die Ehre unseres
Hauses nicht durch seinen Namen besteden und in den
Staub ziehen dürfe. Ich habe ihn aber überzeugt,
daß wir vorurteilsfrei genug sind, uns über solche
Bedenken, wie er sie vorbrachte, hinwegzusetzen.“ Mit
leiserer Stimme fügte sie hinzu: „Er hat mir dann
später das Versprechen gegeben, sich durch nichts, komme
es wie es wolle, von seinen einmal eingegangenen Ver-
pflichtungen abwenden zu lassen.“

Ein tiefes Rot stieg der Sprecherin dabei in die
Wangen. Schnell verließ sie das Zimmer, um den
Älteren der Umstehenden nicht länger ausgesetzt zu sein.
„Nun ist wenigstens das Schlimmste abgewandt“,
fiel die Mutter als letzte ein, indem sie einen dankbaren
Blick nach oben richtete und unwillkürlich die Hände
wie zum stillen Gebet faltete.

Auf Schloß Damerow waren nach längerer Un-
terbrechung wieder einmal die beiden älteren Schwei-
stern v. Sottin von dem zwei Meilen entfernt ge-
legenen Gut Hinkenbusch eingetroffen. Sie hatten von
Agnes Unfall gehört und wollten sich persönlich nach
ihrem Befinden erkundigen, wie sie sagten.

Die Sottins gehörten gewissermaßen zu der al-
ten Garde von den Stammgästen aus früheren Tagen,
die treu ausgehalten hatten, trotzdem nicht mehr Pa-
steten serviert wurden wie früher. Ihre Treue war
nicht ganz selbstlos. Elvira, das älteste Fräulein Sot-
tin, interessierte sich im geheimen für den jungen Baron
Helmuth. Die Stunden, welche sie auf Schloß Damerow
zubachte, waren für sie regelmäßig verloren, wenn
es ihr nicht glückte, mit Helmuth ein paar kurze Worte
zu wechseln. Da sie den großen Einfluß Agnes' kannte,
durfte sie es mit ihr nicht verderben, wenn sie dauernd
Fähigkeit behalten wollte. Nun waren Gerüchte an ihr

hinausgetragen worden, welche sie, wie uns berichtet wird,
teilweise erhalten haben. Bei Nachforschungen und bei Sand-
lungen, die damit in Zusammenhang stehen. Die Offiziers-
vereinigung der Deutschen Republik richtet an Sie, Herr
Marschall, als den ersten Offizier Frankreichs die Bitte,
ihren Einfluß auszuüben zu wollen, daß alle diese un-
glücklichen Menschen, auch wenn sie andere als die oben-
genannten Taten beangigen haben, der Freiheit, ihrem Va-
terlande und ihren Familien wiedergegeben werden.

Die Offiziersvereinigung der Deutschen Republik hat
sich zur Aufgabe gesetzt, an der Demoralisierung unserer
Nation, in Sonderheit des Deutschen Offizierskorps und an
dem großen Wert der Besserverehrung mit ganzer Kraft
mitzuarbeiten. Helfen Sie uns, Herr Marschall, bei der
letzteren Aufgabe durch die warmherzige Befürwortung un-
serer Bitte bei Ihrer Nation.

Lokales und Provinzielles.

Schierstein, den 10. Juli 1920.

s Gemeindevertretung. In der gestrigen Sitzung
war die Gemeindevertretung vollzählig und von dem
Gemeinderat die Herren: F. Hesse, W. Klee, A. Eitner,
Gg. Schäfer, W. Lang, anwesend. Den Vorsitz führte
Herr Bürgermeister Kessels. Die Tagesordnung wurde
wie folgt erledigt:

1. Gesuch der Ev. Kirchengemeinde um Ueberlassung von
zwei Eichen und einer Kiefer zur Anlage eines neuen
Glockenturms.

Die Angelegenheit führte eine längere Debatte herbei.
G. B. W. Sattler sprach gegen Bewilligung und ver-
wies die Gesuchsteller an den Staat, ebenso G. R. Eitner,
und G. B. Bröder. Für die Bewilligung sprachen die
G. B. Ehrengart, Moser und Lang sowie Jos. Sattler.
Der Gemeindevorstand schlägt Bewilligung vor. Es sind
bei der Abstimmung 11 Stimmen für, 7 Stimmen dagegen,
sodass das Holz bewilligt wird.

2. Beschlussfassung über Einrangierung von pens. Beamten.

Vom Landeshauptmann sind Einwendungen erhoben
worden, die sich gegen unrichtige Einrangierungen von
vier pensionierten Gemeindebeamten resp. drei Witwen
in die betr. Klassen richten. Der Gemeindevorstand schlägt
vor, dem Protest stattzugeben, welchem Vorschlag die
Gemeindevertretung entspricht.

3. Erhöhung des Einkommens der Hebammen.

Der Reg.-Präsident schlägt vor, die bisherigen Sätze
für die Hebammen um 100 % nebst 50 % Teuerungszu-
schlag zu erhöhen. Die Hebammen haben dafür die
unentgeltliche Wochenhilfe für Ortsarme zu leisten. Der
G.-Vorstand schlägt vor, die Bezüge um 100 % zu er-
höhen. Die Hebammen haben ein Gesuch eingereicht um
die Erhöhung ihrer Pauschalsätze. Auf eine Anfrage des
Gemeindevorstandes, wieviel sie im Vorjahre unentgelt-
liche Wochenhilfen geleistet hätten, haben aber die
Hebammen geschwiegen bis heute. — Es wird beschlossen,
und zwar einstimmig, je 400 Mk. mit Wirksamkeit vom
1. Juli ab zu willigen.

4. Neuzeitigung der Reinigungsgebühren für Schulsäle.
Für die Reinigung der Schulsäle und der Höfe
wurden bisher ziemlich minimale Sätze gezahlt. Auf
das Gesuch der betr. Frauen hin wird beschlossen, die
Sätze auf 400 Mk. für Reinigung und 40 Mk. für das
Heizen jeden Ofens zu erhöhen, und zwar vom 1. April
ab.

5. Beschlussfassung über Aufbringung und Verteilung des
Steuerbedarfs zur Deckung der Gemeindebedürfnisse
für das Rechnungsjahr 1920.

Der Bedarf der Gemeindeverwaltung ist bekanntlich
bedeutend gestiegen, weswegen auch die Realsteuern er-
höht werden müssen. Die Steuerkommission schlägt
folgende Sätze vor:

Der gedrungene, wonach Hellmut Knoll und Fall nach
Grünheide umquartiert sei, und zugleich war sie ent-
schlossen gewesen, die Besuchsfahrt anzutreten, um Ein-
zelheiten in Erfahrung zu bringen.

Agnes war diesmal wirklich erfreut über ihren
Besuch. Nicht allein die aufrichtige Teilnahme, die
aus Worten und Mienen der beiden Angekommenen
zu sprechen schien, tat ihr wohl, sondern auch die Ab-
lenkung, die ihre rastlos umherirrenden Gedanken durch
diesen Besuch erhielten, war ihr im höchsten Maße
erwünscht.

Agnes hatte heute zum erstenmal ihr Lager ver-
lassen. Deutlich standen die Spuren schlaflos verbrach-
ter Nächte auf ihrem Antlitz eingegraben. Die Augen
waren eingesenken, die Wangen zeigten tiefe Blässe.
So trat sie dem Besuch entgegen.

Sie mußte zunächst haarscharf alle Einzelheiten des
Unfalls berichten, und sie tat es gern, denn nachdem das
Häßliche, das sie durchgemacht, hinter ihr lag, bereitete
ihr die Anführung aller Qualen, die sie erduldet,
eine wohlige Genugtuung. Sie hatte ja außer ihrem
Vater und der Hausdame, Frau von Panthier, sowie
ihrer Jofe keinen Menschen in ihrer Nähe, zu dem sie
sich hätte aufliegen können.

Bald aber lenkte Elvira das Gespräch auf die
letzten Vorkommnisse: die Verlobung Adeles und die
Umquartierung Hellmuts. Beide Themen schienen der
Kranken indessen Unbehagen zu bereiten. Ihr zerspreng-
tes Benehmen war so auffällig, daß die längere, der
beiden Angekommenen sich veranlaßt fühlte, ihre Schwei-
ster durch einen freundschaftlichen Stoß mit dem Ellen-
bogen auf diese Tatsache noch besonders aufmerksam zu
machen.

Für Elvira stand es nach den gewundenen und halb
konfuse Erklärungen Agnes' fest, daß, wie schon so
oft, nur sie die Ursache an dem vorgekommenen Zwist
zwischen Vater und Sohn gewesen sein konnte. Mit
Dermut mußte sie erkennen, daß ihre Besuche auf
Schloß Damerow in Zukunft keinen Zweck mehr hatten,
weil die Gelegenheit, mit Hellmut in Verbindung zu kom-
men, fortan fehlte.

Ein Haßgefühl gegen Agnes stieg in ihr auf, das
sie vollständig beherrschte und kein freundliches Wort
mehr auskommen ließ. Frostig klang jetzt Rede und

Grundsteuern, bisher 220 %, in Zukunft 300 %
Einnahme aus dieser Steuer bisher ca. 7000 Mk.,
Zukunft 15000 Mk., also 8000 Mk. mehr.

Gebäudesteuer, bisher 220 %, in Zukunft 300 %
Einnahme bisher 32000 Mk., in Zukunft 43000 Mk.,
also 11000 Mk. mehr.

Gewerbesteuer, bisher 220 %, in Zukunft 300 %
Einnahme bisher 35000 Mk., nachher 57000 Mk.,
21000 Mk. mehr.

Betriebssteuer, bisher 100 %, in Zukunft 250 %
Einnahme bisher 670 Mk., in Zukunft 1500 Mk.,
ca. 800 Mk. mehr.

Die Vorschläge der Steuerkommission wurden ohne
Debatte angenommen.

6. Beschlussfassung über

- a) Erhöhung des Wassergeldes.
- b) Erhöhung des Sprunggeldes.
- c) Erhöhung der Wiegegebühren.
- d) Erhebung eines Zuschlages zur Grunderwerb-
steuer.

a) Das Wassergeld wird ab 1. Juli erhöht
200 %, also der Kubikmeter kostet in Zukunft Mk. 0.20,
anstatt bisher Mk. 0.20, ebenso werden die Pauschalsätze
um 200 % höher bestimmt. Beschluss: Mit allen Stimmen
für die Erhöhung.

b) Das Sprunggeld für Rinder beträgt jetzt Mk. 2.00,
es soll in Zukunft betragen Mk. 20.00; das Sprunggeld
für Schweine soll betragen in Zukunft für Einheits-
Mk. 20.00, für Fremde Mk. 30.00. Dem Vorschlage
Gemeindevorstandes wird zugestimmt.

c) Die Wiegegebühren werden ebenfalls um
Geringes erhöht.

d) Nach § 34 des Grund-Erwerbssteuer-Gesetzes
der Kreis berechtigt, 1 % des gemeinen Wertes zu er-
heben, wovon 2/3 an die Gemeinde und 1/3 an den Kreis
fallen. In Zukunft soll dieser Prozentsatz von der
Gemeinde erhoben werden und das Drittel an den Kreis
abgeben. Das eine Prozent soll rückwirkend vom
1. Oktober 1919 ab erhoben werden. Der Vorschlag
Gemeindevorstandes wird einstimmig angenommen.

Auf die Tagesordnung gesetzt wird noch
Regierungsverordnung, betr. Festsetzung der Feldmaß-
zahlen als Obsterbzähl zu gelten haben. Die Vorlage
des Ortsgerichts wird einstimmig angenommen.

G. R. Klee bringt noch die Zustände zur Sprache,
die jetzt hauptsächlich durch Dohrheimer Banden in der
Feldgemark hervorgerufen werden. Es wird ein
sprechender Beschluss gefasst, um einen besseren Feld-
herbeizuführen.

Nach Verlesung des Protokolls wurde die Sitzung
geschlossen.

** Ferien. Heute beginnen die Ferien! Welch ein
Reichtum an Plänen und Wünschen und Hoffnungen
löst dieser Satz im Denken und Fühlen unserer Kinder
aus. Gleich einem Zauberwort erschließt er vor ihnen
und Sinnen der glücklichen Zukunftsbilder in der
nigfaltigsten Art, die alle nun in die Wirklichkeit
setzt werden sollen in den goldenen Tagen und Wochen
des ganzen langen Julimonates und darüber hinaus.
Welch unendlich lange Zeit liegt jetzt vor ihnen in den
Sommerferientagen, die nun angebrochen. Glückliche
Jugend! Tage der Freiheit und der Rast und der ge-
gen ungebundenen Sorglosigkeit beginnen nun wieder
euch alle, ihr Jungen und Mädchen, ihr Kleinen
Großen, und wir Eltern gönnen sie euch aus dem
Herzen und freuen uns mit euch und wünschen euch die
Beste für die lange Ferienzeit. Im ganzen vollen Maße
ihrer segensreichen Bedeutung mögen die vor euch liegenden
Tage stehen.

Gegenrede zwischen den beiden. Es wurde unange-
nehmlich in dem kleinen, so traulichen Salon. Bald stand die
Unterhaltung ganz. Deshalb brachen die Schwestern
ungeachtet der Bitten Agnes' bald auf.

Elvira schied mit dem Vorschlag, den Verkehr
nun an ganz einzustellen. —

Während die Damen sich im kleinen Salon un-
hielten, hatte der Baron mehrere geschäftliche Ange-
legenheiten gehabt. Da war der Inspektor Rothmann
zu fertigen, dem er Anweisungen über den Verkauf der
Schafwolle beim bevorstehenden Vollmarkt in der
Landeshauptstadt zu geben hatte. Gleich danach kam
Güterrechnungsführer, um die vom Baron verlangte Be-
stellung über die gesamten Kornverkäufe des Be-
zirks vorzulegen und zu erläutern. Ferner hatte er
der reiche Kornhändler Neumann aus der Kreisstadt
zu einer geschäftlichen Rücksprache eingeführt.

Der Baron wollte ihn abweisen lassen, da er
nicht gewonnen war, in diesem Herbst mit ihm Ge-
schäfte zu machen. Doch besann er sich im letzten Augen-
blick noch eines Besseren.

„Mag er meinetwegen kommen“, gebot er dem
harrenden Diener.

Bald darauf betrat Herr Neumann in dem
Salon das Zimmer.

„Diener, Herr Baron!“ sagte er. „Komme sofort
vorbei an Ihren Geldern — überzeuge mich, daß ich
alles abgeräumt und der Truch in den Gängen ist.“
sagte ich mir: wird dem Herrn Baron keine Aufmun-
terung machen und fragen, ob er Aufträge zu be-
geben hat.“

„Lasse alles vermahlen!“ — „Auf der neuen Welle
von Resche!“

„Ja, so ist es“, bestätigte der Gutsherr.
Getreide wird vermahlen; das Mehl geht dann
dem Wasserwege fort. Ist schon so gut wie verkauft.
„Schon so gut wie verkauft!“ echote Neumann
niederbegehrig. „Bin zu spät gekommen“, sagte er
resigniert hinzu, wobei er sich den Schweiss von der
Stirn wischte. „Diese Mühle wird noch mein
Ruin.“

(Fortsetzung folgt)

Wochen auch zugute kommen und allen das
was sie sein sollen, Tage der kindlichen Freiheit
lennen Ruhe und wönniger Lust, auf die ihr vollen
habt und die euch gern gegönnt sind von allen,
die Jugend lieb haben. Der Wert der Ferien liegt
und allein darin, daß die Ausspannung der
einzig und allein darin, daß die Ausspannung der
und Erholung bringen und sie mit neuer Frische und
begeistert für die Schularbeit der kommenden Monate
ist. Zu diesem Zwecke soll nun auch die Zeit der
mit ihrer Lust und ihrem Spiel restlos ausge-
werden. Dann haben die nun beginnenden Som-
ihren vollen Wert zu Nutz und Frommen aller,
den Recht haben sie zu durchleben und zu durchkosten
auch aller, die die Pflicht in sich tragen, der Zu-
zu helfen, daß sie kräftig und brauchbar werde für
Leben, das ihr nach uns gehören soll.

Turnerisches. Die Schlagballmannschaft der Turn-
ende hat auch in diesem Jahre, trotz der schlechten
verhältnisse, wieder ihren Mann gestellt, was ja die
hervorragenden Gaumettpiele bewiesen haben, aus denen
Schierstein als Gaumeister hervorgegangen sind,
somit auch das Bismarckbild für dieses Jahr in
händen verbleibt. Es ist zu hoffen, daß die Mann-
bei den nun folgenden Wettspielen um die Kreis-
schaft gute Erfolge erzielt und auch dort nur ihr
ist. Da die Turngemeinde in spielerischer wie
der Weise ja immer auf der Höhe war, jetzt aber
Tätigkeit durch die schlechten Platzverhältnisse et-
wenig ist, so macht sich der Gedanke nach einem
Spielplatz immer mehr bemerkbar, zumal auch
Sport in der Turngemeinde betrieben werden
dadurch auch diese körperliche Uebung eine gute
sind. Hoffentlich wird auch die Platz-
im Wohle der Allgemeinheit bald gelöst, so daß
körperliche Erziehung der Jugend auch in Schierstein
fortschritt macht.

Für Schwimmer. Am 25. Juli hält der Turngau
auf dem Rheine zwischen Eltville und Nie-
ein großes Schwimmfest ab, bestehendes Wett-
rennen und Gesellschaftsschwimmen. Den seitherigen
Veranstaltungen nach gibt es eine große Veranstaltung.
Wettswimmen (Schnellschwimmen und Springen
in mehreren Unterabteilungen) steht für alle Turner und
offen; die Bedingungen sind nicht allzu
so daß auch den weniger Geübten ein Erfolg in
gestellt werden kann. Das gemeinschaftliche
schwimmen, an dem Jedermann, auch Nicht-
kostenlos teilnehmen kann, geht von Eltville bis
auslauf, woselbst im Hotel Kraß die Preisverteilung
aufzufolgendem Ball stattfindet. Jeder Schwimmer
die Schwimmerin sind willkommen. Für Sicherheit
und mitschreitende Aufsichtsnachen ausreichend ge-
lungen zur Teilnahme nimmt Herr Turnwart Hans
Küdesheim; Marktplatz 14, noch entgegen.

Keine Verbilligung der Hausbrandkohle. Auf
Angabe des Bu des Dultcher Mietersvereins an den
Landratsamt ist ihm, wie wir hören, folgende
zugeschrieben: "Die in Ihrer Eingabe vom 8.
zum Ausdruck gebrachten Beschwerden über die
steigende und unbillig hohe Kohlenpreise sind nicht ab-
schließend der Kohlenpreise finden mein vollkommenes
Verständnis. Diese Preisbewegung ist aber im Zusammen-
hang mit der Entwicklung unseres Wirtschaftslebens,
insbesondere mit der Arbeitsveränderung. Die außer-
ordentlichen Folgen der Kohlenpreiserhöhung für die
Preise der Mieterschaft haben mir dauernd Ver-
ständnis gegeben, die verschiedenartigsten Anregungen
der Abhilfe eingehend prüfen zu lassen. Die bisherigen
Anregungen, an denen auch unter anderen der Reichs-
rat beteiligt ist, haben aber das Ergebnis gezeitigt,
daß die Kohlenpreise eine niedrigere Bemessung des
für Hausbrandkohle möglich, ihre praktische
Durchführung aber kaum durchführbar ist. Bei den in
Mitteln gehenden Lieferungen für Hausbrand-
kohle wäre eine praktische Kontrolle und Unter-
stützung der für Hausbrand- und Industriezwecke
benutzten Kohle unmöglich und damit dem Schieber- und
Spekulanten in einem Maße Tür und Tor geöffnet,
daß die allerschwersten Bedenken gegen eine solche Maß-
nahme bestehen. Ich sehe mich daher, so sehr ich eine
billigere Kohlenpreise der Beteiligten begrüßen würde,
dennoch die Prüfung nicht imstande, dem Wunsche
des Bundes stattzugeben."

Der Steuerabzug.
Der Reichstag hat bekanntlich eine Novelle zum Ein-
kommensteuergesetz angenommen, durch den der bisherige
abzug, zehnprozentige Steuerabzug vom Arbeits-
einkommen gestrichelt wird. Vom Einkommen wird jetzt ein
abgezogen, der ungefähr dem nach dem Gesetze
berechneten Einkommensteuersatz entspricht; nur von der ver-
bleibenden Restsumme werden dann die Steuerprozent
abgezogen. Diese betragen für Einkommen unter 15 000
Mark 10 Prozent, für Einkommen von 15 000—30 000
Mark 15 Prozent, für Einkommen von 30 000—50 000
Mark 20 Prozent und so fort bis zu 50 Prozent.
An Abzügen vom Einkommen sind gestattet:
a) Bei Tagelohnempfängern pro Tag für den Steuer-
abzug selbst 5 Mark, außerdem für jede zu seinem
Haushalt gehörende Person 1.50 Mark;
b) Bei Wochenlohnempfängern pro Woche für den
Steuerabzug selbst 30 Mark, außerdem für jede zu
seinem Haushalt gehörende Person 10 Mark;
c) Bei Monatslohnempfängern pro Monat für den
Steuerabzug selbst 125 Mark, für jede zu seinem
Haushalt gehörende Person 40 Mark.
Die neue Regelung legt den Arbeitgebern eine sehr
komplizierte Berechnung auf, aber sie ist weitläufig gerech-
tigt, da das frühere Schema, export und Nachzahl-
ung zu viel oder zu wenig entrichteter Steuerentsummen
führte, und sollte darum, angesichts der Notlage der
Arbeitgeber, ohne weiteren Widerstand hingenommen wer-
den. Die neuen Bestimmungen sollen am 1. August in
Kraft treten.

Die Post im Dienste der Beklemme. Die
Reichspostverwaltung trägt sich mit dem Gedanken, ihr
rollendes Material, also in der Hauptsache die Postwagen,
die der Beförderung der Pakete dienen, der Beklemme zu-
gänglich zu machen. Der weitere Ausbau des Beklemme-
wesens bei der Post, das sich bisher nur auf die Innen-
räume der Postanstalten erstreckte und auch dort nur für
gemeinnützige Zwecke freigegeben war, ist Gegenstand von
Verhandlungen im Reichspostministerium.

Ungültige 50 Markscheine. Reichsbanknoten
zu 50 Mark vom 20. Oktober 1918 haben ihre Eigen-
schaft als gesetzliches Zahlungsmittel bereits seit 10. Sep-
tember v. J. verloren; sie werden nur noch bis zum 10.
September d. J. von der Reichsbank eingelöst, für die
mit diesem Zeitpunkt jede Einlösungspflicht endet. Die Be-
sitzer solcher Noten werden in ihrem eigenen Interesse er-
neut an deren rechtzeitige Ablieferung erinnert. Um Stör-
tümer zu vermeiden, wird darauf hingewiesen, daß es
sich hierbei nur um die Reichsbanknote vom 20. Oktober
1918 mit der dunklen quadratischen Umrandung auf der
Vorderseite, nicht aber auch um die 50 Marknote vom
30. November 1918 handelt.

**Nationale Olympische Wettkämpfe am 11.
Juli.** Sportplatz Frankfurterstraße. Der Stadtverband
für Leibesübungen in Wiesbaden stellt uns folgenden mit:
Die am Sonntag stattfindende 2. Veranstaltung
des Stadtverbandes für Leibesübungen, deren technische
Durchführung der Sport-Verein Wiesbaden übernommen
hat, verspricht ein Sportereignis für Wiesbaden zu
werden, welche über den Rahmen der bisherigen sport-
lichen Wettkämpfe in Wiesbaden weit hinausgeht.
Nicht nur von den Vereinen des Stadtverbandes, sondern
auch aus Mainz, Saarbrücken, Mannheim, Darmstadt,
Kreuznach, Ludwigshafen, Frankfurt, Bingen, Worms und
anderen Pflanzstätten eifriger Sports sind Meldungen, deren
Gesamtzahl annähernd 200 umfaßt, eingelaufen. Gute
sportliche Leistungen werden erwartet und derjenige, welcher
als Sieger aus irgend einer der 27 verschiedenen Kampf-
arten hervorgeht, hat seinen Sieg rechtlich verdient.
Die schönsten Kämpfe sind wohl in den 50, 100, 200 und
500 Meter Einzelauf mit durchschnittlich 25 Meldungen,
sowie in den Staffelläufen über 400, 800 und 3000 Meter
wie auch in der Schwedenstaffel mit durchschnittlich 5 be-
werbenden Vereinen, aber auch nicht zuletzt in den Hoch-
und Weitsprüngen, im Kugelstoßen, Diskus und Speerwerfen
und im Dreikampf zu erwarten. Ein 10 Kilometer-Gehen
(Sportplatz Wandersmann und zurück) ein 15 Kilometer-
Laufen auf derselben Strecke und der zum erstenmal in
Wiesbaden zum Austrag kommende Damenlauf über
100 Meter vervollständigen so ziemlich die Reihe der Kampf-
arten. Sonntag Morgen 9 Uhr beginnen die Vorkämpfe
und werden dieselben, wenn die Zeit drängt, ohne Pause
zu Ende geführt, so daß nachmittags die Zwischenläufe und
die Entscheidungsläufe erledigt werden können. Ab 3 Uhr
findet auf dem Sportplatz Konzert des Musikvereins statt
und ist deshalb jedem, der Interesse an Leibesübungen hegt,
Gelegenheit geboten, bei billigem Eintrittsgeld genussreiche
Stunden zu verleben und auch seinen Teil zu den Bestrebungen
des Sport-Vereins Wiesbaden und damit zu den Bestrebungen
des Stadtverbandes beizutragen.

**AMBI-
Dachziegel - Maschine
für Handbetrieb.**
Goldene Medaille 1919 Silberner Staatspreis
AMBI, Abt. II J 35 Berlin-Johannisthal

**Das „erstklassige“ Mehl im Landkreis
Wiesbaden.**
In der Sitzung des Kreistages des Landkreises Wies-
baden am 3. d. M. sind, Zeitungsberichten zufolge, die
Klagen der Bevölkerung über die Verschlechterung des Brotes
seitens des Kreistages zu einem Angriff auf das Bäck-
gewerbe benutzt worden. Der Herr Landrat Schlitt stellte
in jener Sitzung die Behauptung auf, es sei den Bäckern
ein sehr gutes Mehl geliefert worden, und wenn das Brot
nicht gut sei, dann seien die Bäcker Schuld daran. Das
bisher von dem Kommunalverband Wiesbaden gelieferte
Mehl sei erstklassiges Mehl gewesen. Wenn Klagen über
die Brotsqualität geäußert würden, dann könne die Schuld
lediglich an den Bäckern liegen. Der Bäcker, der aus dem
vom Kreise gelieferten Mehl kein einwandfreies Brot backe,
gehöre wegen Verzug belangt.

Wir erklären demgegenüber die Behauptungen des
Herrn Landrats, unser Mehl sei ein erstklassiges, für falsch.
Unser Mehl ist nach der Vorschrift der Reichsgereteide-
ordnung, ebenso wie das Mehl der Reichsgereteidestelle ein
Mehl von sehr hochprozentiger Ausmahlung mit hohem
Klebergehalt. Wichtig ist, daß unser Landkreis als Selbst-
verordneter Kreis sein eigenes Getreide verbrauchen könnte und
keine Erzeugnisverwendung nötig hätte. Tatsache ist aber,
daß durch das fortgesetzte Ausschleusen anderer Kreise mit
Mehl ein Mehl wieder eingetauscht werden muß, das un-
serem eigenen guten Mehl an Qualität bedeutend nachsteht.
Oder will der Herr Landrat bestreiten, daß das rheingauische
Mehl von der Völklinger Mühle in Niederlahnstein sehr
minderwertig war? Tatsache ist aber auch, daß das aus
dem eigenen Mehl hergestellte Brot trotz der Klagen viel
besser ist, wie das Brot in den umliegenden Städten und
Börsen, das aus dem Mehl der Reichsgereteidestelle her-
gestellt werden muß. Trotzdem ist auch bei dem eigenen
Kommunalverbandsmehl das den Bäckern überwiesene Mehl
bezüglich der Qualität himmelweit verschieden. Zeitweise
läßt sich daraus ein gutes herkömmliches Brot herstellen,
mitunter aber auch nur ein schlechtes, scheinbar halb aus-
gebakenes Brot, je nachdem, von welcher Mühle das Mehl
stammt. Unser Brot ist dem gelieferten Mehl entsprechend.
Die Hausfrau gibt nicht viel auf das Urteil eines Nicht-
fachmannes über die Qualität des Mehles. Sie weiß selbst
am besten, was sie von dem „erstklassigen“ Mehl zu halten
hat, wie sie auch weiß, daß das Krantenbrot aus der letzten

Zeit mit dem ekalhaften freestartigen Geschmack nicht auf
das Schuldkonto des Bäckers zu setzen ist.

Während nun der Herr Landrat die Bäcker für die
Qualität des Brotes, welches, wenn auch ohne Verwendung
von Zusatzmehl bei dem hohen Kleiergehalt als erstklassiges
Mehl nicht angesprochen werden kann, verantwortlich macht,
nimmt Herr Ministerialrat Müller im Reichsernährungs-
ministerium in Berlin das Bäckergewerbe in Schutz. Diese
legtere Stelle soll dem Bäckergewerbe die größte An-
erkennung, daß es überhaupt noch im Stande ist, aus dem
minderwertigen Mehl zu b. d. n. M. B. d. n. werden erst
dann ein völler einwandfreies Brot zu backen, wenn die
die Zwangsbewirtschaftung gefallen ist. Daher sobald wie
möglich, hinweg mit ihr!

Bäcker-Zinnung des Landkreises Wiesbaden.

Mitteilung des Rheingauer Weinbauvereins.
An die Herrn Weingutsbesitzer und Winzer!
Die Niederschläge in den vorigen Tagen haben in
den Weinbergen und an den Hausböden das Austreten
von Peronospora und Oidium gefördert, wovon man sich
überall überzeugen kann. Wir empfehlen deshalb, die
Reben jetzt mit 2% Kupferoxydalkoholbrühe zu besprühen
und hinterher bei warmem Wetter zu schwefeln, sofern
diese Spritzmaßnahmen nicht schon in der letzten Zeit
ausgeführt worden sind.
S. A.: Schilling, Wein- und Obstbaulinspektor.

Ämtliche Bekanntmachungen.
Betr. Holzverkauf.
Diejenigen Kriegsbeschädigten, welche noch kein Holz
aus dem Staatswalde erhalten haben, können noch je
200 Wellen zum Preise von 38.40 M. aus dem Staats-
walde erhalten.
Meldungen werden bis Dienstag, den 13. ds. Mts.,
auf Zimmer 7 des Rathauses entgegengenommen.

Diejenigen Einwohner, welche mit Holz noch nicht
versorgt sind, und die Ueberweisung von Wellen in der
Zukunft wünschen, wollen dieses umgehend auf Zimmer
7 des Rathauses anzeigen.
Schierstein, den 10. Juli 1920.
Der com. Bäckermeister: Kellers.

**Sämtliche Reparaturen in
Uhren und Goldsachen**
werden schnell und billig ausgeführt.
Trauringe in allen Preislagen kon-
kurrenzlos billig. Gelegen-
heitskäufe in Uhren
und Goldwaren.
Max Krasnoborski, Uhrmacher, Wiesbaden, Bleichstrasse 28.

**Karbid,
Karbid-Lampen,
Kaffeeröster, Gaslampen,
Brenner, Zyl., Glühkörper,
Gaslocher und Schläuche,
Brat- und Backhauben, Bade-
warmer, Zaphähne zu ver-
kaufen.
Krause, Wiesbaden,
Wellstrasse 10.**

Bienen-Volk
mit neuem Alberti-Rasten
preisw. abzugeben. Viebrich,
Rheingaustraße 9 bei Adolt.
Ein Gehrodanzug (Friedens-
ware), noch neu, ein selbstg.
Kod, ganz neu, ein vierrädriger
Handwagen, fast neu, 5 Ztr.
tragend, zu verkaufen.
Näh. in der Geschäftsstelle.

Zu verkaufen:
2 weiße Knabenstrophhüte,
(echtes Strohgeflecht) und ein
Paar gelbe Knabenschuhe,
(Friedensware) für Alter von
8—10 Jahre.
Viebrichstr. 11, p.

Weinfässer
von 100—600 Liter, neu u. gebt.
Küferer Braun, Mainz, Rhin.
Bleiche 34, Telefon 2148.

Kirchliche Nachrichten.
Evangelische Kirche.
Sonntag, den 11. Juli 1920.
9½ Uhr Gottesdienst.
10½ Uhr Kindergottesdienst.
Pfr. Cunz.

Gut-Imprefferei
Wiesbaden, Bleichstr. 20
**Herren-, Damen-,
und Kinderhüte**
werden nach neuesten
Modellformen schnellstens
geliefert.
B. Spielmann.

Achtung!!
Große Auswahl in Zigaretten
u. Zigaretten sowie Rauch-
waren und Kautabak.
Erstklassige Qualität zu den
billigsten Preisen!
Zigaretten von Mk. 0.40—2.00
Zigaretten von Mk. 0.15—0.80
Tabak von Mk. 1.50—8.00
für 100 Gramm
Kautabak zu Mk. 2.—
Richard Stolper,
Zigarettengeschäft,
3 Ludwigstrasse 3
Wer erwillt
Privatunterricht
in den modernen Tänzen?
Off. um. 250 an die Exp.
Bibelstunde.
Sonntag, den 11. Juli.
Abends 8 Uhr
Wilhelmstr. 25, II
Jedermann herzlich will-
kommen.

Neues Geschäftsgebäude der Städtischen Sparkasse Biebrich (Rhein) Kaiserstr. 23/25

Ruhe und Zufriedenheit

wiederherzustellen, ist jedenmanns erste Pflicht. Ich suche durch billigsten Verkauf hierzu beizutragen und bitte, sich davon durch Lagerbesuch zu überzeugen. Ich führe keinerlei Papier- oder Ersatzstoffe.

Herren-Anzüge gute Qualitäten, von M. 350.— an und bis zu den elegant. in allen Fassons und Farben.

Jünglings-Anzüge von M. 200.— an hochmodern, in allen Farben.

Hosen für Arbeit, schwere Qual., sowie Sonntags- hosen, schönste Streifen und Muster.

Paletots u. Ulster für jeden Geschmack in allen Qualitäten, Größen und Preislagen.

Prinzip: Kleinste Spesen, geringster Nutzen.

Erstes Mainzer

Monatsgarderobenhaus

Schusterstr. 34, I. **Mainz** Schusterstr. 34, I.

Kein Laden! Kein Laden!

Achten Sie auf Hausnummer.

Auswärtige Kunden erhalten bei Kauf eines Anzuges oder Paletots Fahrgeld bis zu Mk. 10.— vergütet.

Kalle'scher Gesang-Verein Biebrich.

Sonntag, den 11. Juli 1920, im „Deutschen Kaiser“, hier,

Unterhaltung mit Tanz

verbunden mit großem Preisschießen.

1. Preis: 1 belg. Hahn mit 5 Jungen.
2. „ 1 Standuhr.
3. „ 4 Stück 7 Wochen alte belg. Hasen.
4. „ 1 Flasche Kognak.

Anfang des Preisschießens morgens 10 Uhr, der Unterhaltung nachmittags 4 Uhr.

Es ladet freundl. ein

Der Vorstand.

Fußballklub 1908 Schierstein.

Morgen, Sonntag, vorm. 10 Uhr, Vortrag des Gauvorsitzenden W. Hell, Wiesbaden, im Vereinslokal. Gleichzeitig Verpflichtung der Spieler für die Verbandsspiele. Wer nicht erscheint, wird von den Gaumeisterschaftsspielen ausgeschlossen.

Der Vorstand.

Bayern-Verein e. V.

„Drei Kronen“
Sonntag, den 11. Juni 1920

Großer Familien-Ausflug mit Tanz

und Ausführung von Schupplattentänzen.

TRAURINGE

Dukatengold 900 gestempelt
18 kar. Gold 750
14 kar. Gold 585

8 kar. Gold 333 gest. von 30,00 an

Enorme Auswahl stets am Lager

BOK Wiesbaden gegenüber
Kirchgasse 70, Mauritiusplatz

Gemeinnützige Nassauische Möbelvertriebs-Gesellschaft

Wiesbaden m. b. H. Mühlgasse 7

Lieferung gediegener **Küchen-, Schlaf- und Wohnzimmer-Einrichtungen** für Kriegsteilnehmer und Minderbemittelte.

Teilzahlung

ohne Preiserhöhung gestattet.
Verkaufszeit: Vormittags bis 1 Uhr.

Bruch-Heilung

ohne
Operation
ohne
Berufsstörung
auf
naturgemäßem
Wege

Habenicht, Spez.-Institut für Bruchkranke

Sprechstunden
Bonifatiusstrasse 21/10
MAINZ, jed. Freitag v. 9 b. 1 Uhr
Warne vor Nachahmung

Die Anwendung d. Ver-
rens ist sehr einfach und
fordert täglich kaum 1 Min.
Zeit. — Prospekt, 300
ressen Geheilte aus fast
Gegenden, sowie d. auflä-
de Schrift über die „Habenicht-
Methode“ wird Bruchkran-
den auf Wunsch vom
Haupt-Institut Köln
U.Sachsenhausen 30
gegen Rückporto zugest.

Nähmaschinen

aller Systeme

werden fachgemäß sofort
repariert.

H. Schumann,
Mainzerstr. 30, part.

la Speiseöl

Str. Nr. 31.

engl. Walfan-Seife

Doppeltst. M. 10.50

engl. Kernseife

Riegel, ca. 2 1/2 Pf., M. 31.

empfiehlt Kaufhaus P. Knab

Telefon Nr. 390.

1 Paar derbe Halbschuhe,
Gr. 34/35 M. 25.—, 1 Paar
Schnürschuhe, frisch gefloht,
Größe 25/26 M. 20.— zu
verkauft.

Wilhelmstr. 29.

Danksagung.

Allen denen, die uns beim Tode unserer lieben Verstörbenen ihre Teilnahme bekundet und der Heimgegangenen die letzte Ehre erwiesen haben, sagen wir hiermit unseren tiefgefühlten Dank. Ganz besonders danken wir den ev. Schwestern für ihre selbstlose Aufopferung und hingebende Pflege während der langen Krankheit, Herrn Pfarrer Cunz für die aufrichtende Grabrede sowie für die schönen Kranz- und Blumenspenden.

Im Namen aller Hinterbliebenen:
Familie Philipp Gänssler.

Schierstein, 10. Juli 1920.

Morgen, den 11. Juli, von 8—12
werden in der Schule die

Sparmarken

eingetragen.

Spar- und Darlehnskassen

Ganz Wiesbaden

spricht davon, daß unter meiner persönl. Leitung
aller Art Kleidungsstücke tadellos angefertigt werden.
Am Lager vorrätig: Anzüge, Hosen, Paletots,
Westen und circa 1000 gute Hosen eigener
Anfertigung von 80 M. an.

Gute Stoffe werden auch meterweise abgegeben.
J. Stieh, Wiesbaden, Faulbrunnstr. 9 (Raben-
25 Jahre erster Schneider im In- und Ausland.

la Kornstreuhestroh

hat abzugeben, solange Vorrat,
M. 20.— p. Zentner ab Fabrik Finthen
" 25.— " " frei Haus p. Fuhr.

Strohhalbfabrik Peter Josef Hanfelm

Finthen bei Mainz. Tel. Amt Mainz

Für die Reisezeit:

Sacco-Anzüge M. 220.—, 600.—, 1000.—
" 1500.—, 1900.—
Sport-Anzüge M. 370.—, 750.—, 1300.—
Sport-Paletots M. 420.—, 900.—, 1350.—
Hosen M. 30.—, 75.—, 150.—
" 225.—, 300.—

Echte imprägnierte Münchener Loden-Mäntel
und Capes für Herren und Damen.
Sport-Hosen, Westen, Gürtel, Strümpfe u. Socken.
Cutaway-Anzüge: Hochzeits-Anzüge
Fantasie-Weiten

Preiswerte Herrenstoffe: Maßanfertigung
Bruno Wandt Wiesbaden
Kirchgasse 58

Verdingung.

Die Herstellung von Dachdeckerarbeiten ca. 880 qm
Pappdach für die Wagenhalle auf dem Grundstück Dr. Peters,
Schierstein, soll im öffentlichen Wettbewerb vergeben werden.
Die Verdingungsunterlagen liegen in Schierstein, Wilhelm-
straße 30, von 8 Uhr vorm. bis 2 Uhr nachm. zur Einsicht
auf und werden auf Wunsch gegen Erstattung der Verding-
fältigungskosten im Betrage von 6.— Mark abgegeben.

Die Angebote sind verschlossen und mit Aufschrift ver-
sehen spätestens am 15. Juli 1920, vormittags 11 Uhr,
bei dem Reichsvermögensamt I. Mainz, Münsterplatz 2,
einzureichen, woselbst auch die Eröffnung der rechtzeitig ein-
gelaufenen Angebote stattfindet.

Mainz, den 9. Juli 1920.

Reichsvermögensamt I.